

Wort der Bischöfe zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987

Am 25. Januar wird der neue Bundestag gewählt. Wir leben in einem freien Staat und haben das Recht, frei zu wählen. In vielen Ländern ist dies den Bürgern verwehrt. Von diesem Recht sollte daher jeder Bürger Gebrauch machen. Unser Staat und unsere Gesellschaft haben uns in den letzten 40 Jahren die Freiheit bewahrt und Wohlstand gebracht. Leider haben nicht alle Angehörigen unseres Volkes Anteil an dieser Freiheit. Wir haben ein gefestigtes, demokratisches Gemeinwesen. Wo Menschen handeln, gibt es immer auch Anlaß zu Kritik. Verärgerung ist kein Grund, nicht zur Wahl zu gehen. Eine Demokratie lebt von der nüchternen Einschätzung der politischen Gegebenheiten und Möglichkeiten. Utopien sind ein schlechter Ratgeber und münden in Enttäuschung. All dies mögen auch die jungen Menschen bedenken, die bei dieser Wahl zum ersten Mal aufgerufen sind, ihre Stimme abzugeben.

Für die Wahlentscheidung des einzelnen gibt es viele Aspekte. Auf einige für den Christen wichtige möchten wir hinweisen:

1. Die Sorge um die Erhaltung des Friedens beschäftigt alle Menschen. Wir teilen diese Sorge angesichts der weltweiten Rüstung und der ideologischen Gegensätze. In unserem Wort „Gerechtigkeit schafft Frieden“ vom April 1983 haben wir aus christlicher Sicht versucht, darauf eine Antwort zu geben. Wir haben die Politiker aufgefordert, durch verbindliche Absprachen die Rüstung abzubauen und so einen wichtigen Schritt zur Entspannung und zum Frieden zu tun. Um so mehr begrüßen wir die weltweiten Anstrengungen zum Abbau der Spannungen und zur Verständigung. Alle Friedensbemühungen werden aber nur dann Erfolg haben, wenn sie auf Gerechtigkeit gegründet sind und die Menschenrechte garantieren. Politiker sind deshalb danach zu beurteilen, was sie für die Gerechtigkeit und Einhaltung der Menschenrechte getan und wie sie ihren Friedenswillen durch konkretes Handeln unter Beweis gestellt haben.

2. Wir brauchen nicht nur den Frieden mit anderen Völkern, sondern auch den Frieden in unserem eigenen Land. Das Fundament unseres Staates bilden grundlegende sittliche Werte, deren Beachtung den inneren Frieden gewährleistet. Auf diesen Werten ruht unsere Rechtsordnung, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist, die den Bürger gegen Gewalt sowie Terror schützt und die dem Schwachen zu seinem Recht verhilft. Es ist daher für uns Christen wichtig zu prüfen, inwieweit Politiker und Parteien die Wertgrundlagen des Grundgesetzes bejahen und

inwieweit sie daran ihre politischen Bemühungen ausrichten. Friede ist das Werk der Gerechtigkeit. Politik ist deshalb daran zu messen, inwieweit sie die Gerechtigkeit gegenüber den Menschen, den zukünftigen Generationen und den Ländern der Dritten Welt zu verwirklichen versucht:

- a) Die Ehrfurcht gegenüber dem Menschen fordert, daß seine Erbanlagen nicht manipuliert werden, daß er nicht im Mutterleib getötet, und daß sein Leben nicht durch die Euthanasie eigenmächtig beendet wird. Das Leben der Menschen braucht den Schutz und die Hilfe der Mitmenschen, der Gesellschaft und des Staates. Deshalb müssen wir fragen: Wo ist der ernste Wille erkennbar, diesen Bedrohungen des Lebens ein politisches Konzept entgegenzusetzen, das den Menschen schützt? Wo ist insbesondere ein Konzept zum Schutz der ungeborenen Kinder? Großzügige Hilfe für Mutter und Kind muß dabei verbunden sein mit einem energischen Einschreiten gegen den Mißbrauch der gegenwärtigen gesetzlichen Regelung. Auch notwendige Gesetzesänderungen müssen hier angestrebt werden.
 - b) Beim Umgang mit der Natur und ihren Schätzen müssen wir auch an die zukünftigen Generationen denken. Wir dürfen heute nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen leben. Das müssen wir beim Umgang mit der Natur und ihren Schätzen berücksichtigen. Wir haben nicht das Recht, die Erde rücksichtslos auszubeuten. Das fordert von uns Opfer und Verzicht. Wir müssen deshalb fragen: Welche verantwortbaren und realisierbaren politischen Pläne gibt es zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen?
 - c) Wir sind eines der wirtschaftlich stärksten Länder der Erde. Die internationale Gerechtigkeit und die Solidarität mit wirtschaftlich schwächeren Ländern legen uns daher eine besondere Verantwortung auf, der wir in fairer Partnerschaft und im politischen Dialog mit den Ländern der Dritten Welt gerecht werden müssen. Es ist ein Prüfstein für die Entwicklungspolitik der Parteien, inwieweit sie den ärmsten Bevölkerungsgruppen und Ländern Gerechtigkeit und Solidarität widerfahren lassen und damit auch die durch Flüchtlinge und Asylanten entstehenden Probleme an der Wurzel zu heilen suchen.
3. Die wirtschaftliche Lage und die Staatsfinanzen unseres Landes haben sich in den letzten Jahren wesentlich gebessert. Das muß im besonderen Maße dem wirtschaftlich Schwächeren und der kommenden Generation zugute kommen. Eine leistungsfähige Wirtschaft schafft auch die Grundlage für eine humane Sozialpolitik.
- Zur Stärkung der Familie sind insgesamt längst fällige Schritte durch die Einführung des Erziehungsgeldes, durch Steuererleichterungen und durch die Absiche-

rung der Renten, gerade aufgrund früherer schmerzlicher Einsparungen, eingeleitet worden. Dieser Weg muß in den nächsten Jahren mit Entschiedenheit fortgesetzt werden. Zu prüfen ist daher, in welcher Weise die politischen Kräfte gewillt sind, zwischen den notwendigen Verbesserungen bei der Familienförderung und bei den sozialen Leistungen auf der einen Seite und der notwendigen Konsolidierung der Staatsfinanzen auf der anderen Seite ein verantwortbares Gleichgewicht herzustellen. Es darf nicht vergessen werden, daß die Familien mit Kindern die sozialen Leistungen für alle Bürger für die Zukunft garantieren. Ein besonderes Wort müssen wir zur Arbeitslosigkeit sagen. Trotz der Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze gibt es dennoch etwa zwei Millionen Arbeitslose. Arbeit ist nicht nur Broterwerb, sondern Voraussetzung für die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit. Darum müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um zukunftssichere neue Arbeitsplätze, insbesondere für Jugendliche und für jene Arbeitslose, denen nur schwer ein Arbeitsplatz vermittelt werden kann, zu schaffen. Bund, Länder und Gemeinden sowie die politischen Parteien sollten in einem Sozialpakt mit Gewerkschaften und Arbeitgebern zusammenwirken, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Liebe Mitchristen! Jeder ist aufgefordert, in christlicher Verantwortung seine Wahl zu treffen und dadurch zur Sicherung des Gemeinwohls beizutragen.

Herausgeber:
Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz
Kaiserstraße 163, 5300 Bonn 1